

Medienmitteilung vom 15. Mai 2011

Im Kanton Bern wurde eine Chance verpasst Abstimmungsergebnis revidiertes Energiegesetz

Die Grünen nehmen mit Enttäuschung vom Abstimmungsergebnis zum kantonalen Energiegesetz Kenntnis. Mit dem Obsiegen des Volksvorschlages über die Vorlage des Grossen Rates wurde eine Weichenstellung hin zu einer umwelt- und menschengerechten Energiepolitik verpasst. Die Grünen werden nun mit umso mehr Engagement für die Initiative Bern erneuerbar arbeiten, welche die dringend benötigte Verfassungsgrundlage für eine nachhaltige Energiepolitik schafft.

Mit der Grossratsvorlage wäre ein erster Schritt zur konsequenten Förderung erneuerbarer Energien sowie für Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz und des Energiesparens gemacht worden. Mieterinnen/Mieter hätten sich dank dem Gebäudeenergieausweis GEAK transparent über die zu erwartenden anfallenden Nebenkosten eines Mietobjekts informieren können. Mit der Stimmungsmache gegen den GEAK und die Förderabgabe ist es den bürgerlichen Parteien gelungen, den Schritt in eine nachhaltige Energiezukunft zu torpedieren.

Dies ist umso bedauerlicher, als die Abstimmung über das Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues AKW Mühleberg im Februar unterstrichen hat, dass bereits vor der Katastrophe in Japan die Hälfte der Stimmbevölkerung des Kantons Bern kein neues AKW wollte. Vor diesem Hintergrund muss sich das ökologische Lager die Frage nach der geeigneten Abstimmungsstrategie gefallen lassen. Während bei der AKW-Abstimmung vom Februar eine optimale Mobilisierung der ökologisch sensibilisierten Stimmbevölkerung gelang, ist dies dem Rot-Grün-Mitte-Lager heute in keiner Art und Weise gelungen. Die Stimmbeteiligung lag bei nur knapp 28 Prozent gegenüber mehr als 51 Prozent Stimmbeteiligung bei der Konsultativabstimmung zu Mühleberg II. Die überdeutliche Zustimmung zum Volksvorschlag zeigt auf, dass die Mobilisierung der Gegenseite weit besser gelungen ist. Dies bestätigt, dass es für eine gute Mobilisierung eine profilierte, emotionalisierende Kampagne braucht. Eine nette 2 x Ja-Kampagne, die nicht einmal erwähnt, dass der Volksvorschlag aus der Küche der energiepolitischen Ewiggestrigen stammt, hilft hier nicht weiter. Diese Erkenntnis muss künftig bei der Kampagnenplanung berücksichtigt werden.

Auch mit dem Volksvorschlag können einige Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien umgesetzt werden. Bedauerlicherweise fehlen nun aber die finanziellen Mittel, welche mit der Förderabgabe bereitgestanden wären. Die bürgerlichen Parteien haben im Abstimmungskampf immer wieder betont, dass das Geld für die Fördermassnahmen ausreiche. Nun müssen sie den Beweis antreten und im Budget entsprechende finanzielle Mittel für energetische Sanierungen bereitstellen, auch wenn dies angesichts der finanzpolitischen Perspektiven des Kantons herausforderungsreich sein dürfte. Die Grünen werden sich mit grossem Engagement für die Initiative Bern erneuerbar ins Zeug legen, damit der Kanton Bern endlich zur nötigen Verfassungsgrundlage für eine nachhaltige Energiepolitik kommt.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68